

## PRESSEMITTEILUNG

31.03.2017

### Gedenkstätte begrüßt Berlinpass für DDR-Opfer

Knabe: „Eine wichtige politische Geste“

Der Direktor der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Hubertus Knabe, hat das Vorhaben der rot-rot-grünen Koalition begrüßt, SED-Opfern den Berlinpass zuzuerkennen. Damit haben sie Anspruch auf das Sozialticket im öffentlichen Personennahverkehr und erhalten vergünstigten Eintritt bei Kultur-, Bildungs-, Sport- und Freizeitveranstaltungen. „Dass die Opfer politischer Verfolgung in der DDR den Berlinpass erhalten sollen, hilft ihnen nicht nur materiell, sondern ist auch eine wichtige politische Geste. Dafür bin ich den Regierungsparteien und insbesondere den Grünen dankbar, die sich seit Jahren dafür stark gemacht haben,“ sagte Knabe. „Allerdings hätte ich mir diesen Schritt schon früher gewünscht und nicht erst im 27. Jahr der deutschen Einheit.“

Knabe verwies darauf, dass viele Opfer der SED-Diktatur nur geringe Einkünfte hätten, weil ihnen in der DDR Studium und Karriere verwehrt geblieben seien. Dies mache sich besonders bei der Rentenberechnung bemerkbar. Viele seien aufgrund der Haft auch ganz oder teilweise berufsunfähig. „Aufgrund der Rentenüberleitung erhält ein DDR-Gefängnischef im Alter normalerweise ein höheres Ruhegeld als ein ehemaliger Gefangener. Das ist für viele Opfer nicht nachzuvollziehen.“ In anderen europäischen Staaten hätten Opfer des Kommunismus freie Fahrt im öffentlichen Personennahverkehr.

Die Koalitionspartner SPD, Linke und Grüne hatten am Mittwoch (29.02.) im Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses beschlossen, dass Bezieher von DDR-Opferrenten Anspruch auf den Berlinpass haben sollen. Die CDU hatte demgegenüber eine freie Nutzung von Verkehrsmitteln und Kultureinrichtungen verlangt. Das Parlament soll voraussichtlich am 6. April über den Antrag der Koalitionsparteien beschließen. 2010 hatte der damalige rot-rote Senat einen entsprechenden Vorschlag der Grünen noch abgelehnt. Laut Mitteilung des Landesamtes für Gesundheit und Soziales (Lageso) erhielten im November 2016 rund 6.900 Verfolgte des SED-Regimes eine Opferrente von bis zu 300 Euro pro Monat.

#### **Kontakt:**

*André Kockisch, Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen*  
*Telefon: 030 / 98 60 82-413*  
*E-Mail: [a.kockisch@stiftung-hsh.de](mailto:a.kockisch@stiftung-hsh.de)*

#### **Anfahrt:**

S-Bahn bis Landsberger Allee, von dort  
MetroTram 6 bis Haltestelle  
Gensterstraße

MetroTram 6 auch direkt  
von S-/U-Bahn Alexanderplatz

Vom Bahnhof Lichtenberg:  
Bus 256, Haltestelle Liebenwalder  
Straße/Gensterstraße